

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. — Preis pro Anzeigen-Nummer 20.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. — Preis pro Anzeigen-Nummer 20.

Telegramme: Kageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Numm: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 301

Dienstag, den 28. Dezember 1926

21. Jahrgang

Die Deutschen in Landau begnadigt.

Paris, 28. Dez. (Draht.)

Der Präsident der Republik hat gestern das Dekret unterschrieben, durch das sämtliche vom Kriegengericht in Landau verurteilten Deutschen begnadigt werden.

Der Antrag des Kriegsministers Painlevé auf Begnadigung sämtlicher vom Kriegengericht in Landau verurteilten Deutschen ist wie folgt begründet:

Im Interesse der Entspannung und der öffentlichen Ruhe hat der Kriegsminister im Einverständnis mit dem Justizminister und dem Minister für auswärtige Angelegenheiten auf Grund der vom General Guillaumat gemachten Vorschläge sich dahin ausgesprochen, daß Begnadigungsmaßnahmen hinsichtlich der in Landau Verurteilten erfolgen können. Der Kriegsminister hat deshalb dem Präsidenten der Republik ein Dekret zur Unterzeichnung vorgelegt, durch das die nachfolgenden sämtlichen vom Kriegengericht Landau Verurteilten Straferlass bewilligt wird.

Pariser Blätterstimmen zum Begnadigungsakt.

Paris, 28. Dez. „Temps“ schreibt, man könne den Gnadenakt angesichts der heftigen deutschen Pressenkampagne wohl als etwas verfrüht bezeichnen. Die internationale öffentliche Meinung müsse anerkennen, daß Frankreich bis jetzt allein ständig besorgt sei, die Wiederherstellung und die Wiederannäherung auf der Grundlage von Locarno zu begünstigen. Man könne aber nicht verlangen, daß es weiter gehe und seine vertraglichen Rechte aufgeben. „Journal des Débats“ sagt: Es handelt sich bei der Begnadigung um eine Regierungsmaßnahme. Die Mitglieder des Kabinetts hätten die Entscheidung getroffen, und sie müßten die Verantwortung übernehmen. Das Blatt befürchtet, daß man in gewissen deutschen Kreisen immer mehr überzeugt werde, daß die beste Taktik darin bestehe, die Zwischenfälle zwischen Militär und Zivil zu vermehren.

„Journal“ schreibt: Die getroffene Maßnahme ist sicher das beste Mittel, um das traurige, aber banale Abenteuer zu beenden, das nicht den Lärm verdient, den man um seinetwillen macht. Man darf wünschen, daß die wahre Bedeutung der Geste auch in Deutschland verstanden werden wird.

Im „Devoir“ heißt es: Guillaumat soll von sich aus die Begnadigung gefordert haben. Um der Befriedung der Geister willen wollen wir diese Version als wahr hinnehmen.

„Tribune Nouvelle“ lobt Painlevé, dem Voltaire gefolgt sei. Beide hätten Europa ein schönes Weihnachtsgeschenk gemacht. Der Gnadenakt sei mehr als eine Geste, er habe auch die Bedeutung einer Politik.

„Quotidien“ meint: Guillaumat, Painlevé und der Ministerrat haben sich dadurch gezeigt, daß sie ein Urteil vernichteten, das unter einem juristischen Deckmantel einen Gewaltakt bedeutete.

Ablehnd verhalten sich „Echo de Paris“, „Figaro“ und „Avenir“. „Gaulois“ schreibt: „Echo de Paris“ schreibt: Briand und Painlevé werden sagen: Eine Begnadigung bedeutet nicht eine Aufhebung des Urteils. Wenn ein Gnadenakt nach gewisser Zeit erfolgt, sicher! Aber wenn er überstürzt, unter Drohungen und Beleidigungen vollzogen wird, hat er den Sinn, daß die Regierung angesichts des Richterspruchs erbrütet und daß sie nicht für ihre Richter eintreten will, um sich aus der Affäre zu ziehen. Wenn der Ministerrat den Befehlshaber der Rheinarmee herangezogen hat, dann ist das noch schlimmer als ein Fehler.

Nach dem „Figaro“ kommt der Gnadenakt einer Desavouierung gleich.

„Avenir“ schreibt: Die Lage unserer Soldaten und Offiziere im besetzten Gebiet ist unhaltbar geworden. Uebrigens werden die Anhänger der französisch-deutschen Annäherung bald bemerken, daß die deutsche Verbindung der Schwäche in Paris die Verhandlungen mit Berlin nicht erleichtern wird. Die deutschen Forderungen werden keine Grenzen kennen.

Der sozialdemokratische „Peuple“ erklärt: Die Ungerechtigkeit von Landau ist nun geregelt. Die französische Regierung hat die Dummheit der militärischen Richter korrigiert. Jetzt muß die Debatte geschlossen werden.

Die französische Liga für Menschenrechte über Landau.

Paris, 28. Dez. Die französische Liga für Menschenrechte ist gestern in Metz in Anwesenheit von 350 Delegierten unter Vorsitz des neuen Vorsitzenden, Prof. Viktor Bask, und in Anwesenheit eines deutschen Delegierten zu ihrem Jahreskongress zusammengetreten. Im Verlaufe der Sitzung ist einstimmig eine Tagesordnung angenommen worden, in der das Urteil des französischen Kriegengerichtes von Landau als das Werk der notwendigen Wiederherstellung des europäischen Friedens stehend bezeichnet und die Beseitigung der Kriegengerichte gefordert wurde.

Ein Zwischenfall in Mainz. Zwei französische Soldaten angefallen.

Berlin, 28. Dezember. Havas verbreitet die Meldung, daß in der Nacht vom 24. zum 25. Dezember zwei französische Soldaten nach dem Besuch der Weihnachtsmesse vor der Mainzer Garnisonkirche von mehreren anscheinend betrunkenen Deutschen angegriffen wurden. Den zuständigen Stellen in Mainz und Koblenz ist, wie eine Anfrage ergab, von diesem Vorfall nichts bekannt.

Yoshihito gestorben.

Der leuchtende Friede besteigt den Thron.

Tokio, 24. Dezember. Kaiser Yoshihito von Japan ist heute gestorben.

Beim Hinscheiden des Kaisers befanden sich die Kaiserin, der Kronprinz Hirohito und der Ministerpräsident am Sterbelager. Im Kaiserpalast wird eine besondere Halle hergerichtet, in der der Leichnam des Kaisers in vollem Ornat aufgebahrt werden wird. Die Begräbnisfeierlichkeiten werden wahrscheinlich im Februar oder März stattfinden. Man befürchtet, daß der Tod des Kaisers infolge der Aushebung der Geschäftstätigkeit die japanische Wirtschaft und Finanzwelt schwer treffen wird, da am Jahresende das Geschäft immer sehr lebhaft ist.

Hoftrauer in England aus Anlaß des Todes des Kaisers von Japan.

London, 25. Dez. Anlässlich des Todes des Kaisers von Japan ist eine dreiwöchige Hoftrauer angeordnet worden. Alle Schiffe der britischen Marine haben Halbmast geflaggt.

Das Beileid der deutschen Regierung.

Berlin, 26. Dez. Anlässlich des Ablebens des Kaisers von Japan hat gestern der Reichsaussenminister

Dr. Stresemann in Begleitung des Chefs des Protokolls, Legationsrat Dr. Küster, dem japanischen Votschafter in Berlin einen Beileidsbesuch abgestattet. Im Auftrag des Reichspräsidenten hat Staatssekretär Dr. Weiskner und im Auftrage des Reichsministers Staatssekretär Dr. Vänder dem Votschafter eine Kondolenzvisite abgestattet. Auch der zum Zeit in Berlin weilende deutsche Votschafter in Tokio, Dr. Wolf, sowie Staatssekretär von Schubert haben ihr Beileid ausgesprochen. Die Palais des Reichspräsidenten, des Reichsministers und des Reichsaussenministers hatten Halbmast gesetzt. Der Reichspräsident hat an den neuen Kaiser von Japan ein Beileidstelegramm gerichtet.

Eine Botschaft des Mikado an das japanische Volk.

Paris, 26. Dez. Wie aus Tokio gemeldet wird, hat Kaiser Yoshihito anlässlich der Thronbesteigung eine Botschaft an das japanische Volk gerichtet, in der er sich „Showa“ (leuchtender Friede) nennt. Doumergue und Briand haben dem neuen Mikado ihr Beileid zum Ableben des Kaisers übermittelt.

Deutscher Wahlkampf in Ungarn.

Das Gefühl der Dankbarkeit und die innere Ueberzeugung haben den Ausschlag gegeben, daß das ungarische Deutschtum bei den Wahlen die Beslierregierung unterstütze. Das umsomehr, als der Ministerpräsident den Führern des ungarischen Deutschtums drei Mandate angetragen, und zwar den Villányer Bezirk Dr. Jakob Bieyer, den Bonyhader Bezirk Dr. Gulbo Gändlich und den Sorokfärer Bezirk Schriftleiter Johann Paul-Farkas. Die Bedingung war, daß alle drei Kandidaten mit dem Programm der Regierungspartei auftreten, was nicht nur aus taktischen, sondern auch aus sachlichen Gründen angenommen wurde.

Leider haben sich Schwierigkeiten ergeben, die diese Uebereinstimmung der Regierung umgeworfen haben. Die Intelligenz des Bonyhader Bezirkes rief eine Konferenz zusammen und beschloß, gegen die Kandidierung Dr. Gändlich Stellung zu nehmen. Auch der Obergespan des Komitats hat beim Ministerpräsidenten in diesem Sinne vorgeschrien und die Lage so schwarz gezeichnet, daß der Ministerpräsident schließlich nachgegeben hat. Wie ungarische Blätter schreiben, will der Ministerpräsident Dr. Gändlich dadurch Genugtuung geben, daß er ihn nachträglich in das Oberhaus berufen läßt.

Dem Beispiele der Bonyhader Intelligenz folgte das Baranyaer Komitat. Im Villányer Bezirke forderte eine aus einigen Herren bestehende Deputation einen gewissen Herrn Förster den Führer der Erwählten Magyaren im Bezirke auf, die Kandidierung zu übernehmen, was dieser auch tat. Eine Uebereinstimmung sprach nachher bei dem gewählten Abgeordneten des Villányer Bezirkes, Josef Wild, vor und hat ihn, im Interesse Försters beim Ministerpräsidenten zu interessieren. Wild, ein Intimus des Ministerpräsidenten, erklärte diesem, Bieyer hätte in Villány keine Aussichten, und es wäre eine Blamage, wenn Bieyer als amtlicher Kandidat gegen Förster durchfallen würde. Graf Bethlen ließ sich wieder überreden und suchte für Dr. Bieyer einen neuen Bezirk, und zwar den Neufelder Bezirk, den bis dahin ein brauner deutscher Mann, Dr. Neuberger, den man zur Uebankung gezwungen hatte, vertreten hatte. Dr. Bieyer nahm aber diesen Bezirk aus Gründen, die hier nicht näher erörtert werden können, nicht an und ließ dem Ministerpräsidenten mitteilen, daß er mit seiner Erlaubnis im Villányer Bezirk auf eigene Faust auftreten werde. Der Ministerpräsident hat seine Erlaubnis gegeben und somit ging es an die Wahlarbeit.

Nach dem neuen ungarischen Wahlgesetz muß ein jeder Kandidat die Unterschriften eines Abheils aller Stimmberechtigten für seine Kandidierung sammeln. Es kommt vor, daß amtliche Kandidaten, die die Empfehlungsabgaben einige Tage früher erhalten als die Kandidaten der Opposition, mit Druck und allerlei Kniffen sich während dieser Zeit so viel Unterschriften sammeln, daß der Gegenkandidat nicht mehr die entsprechende Empfehlungsabgabe zusammenbringt. Auch Dr. Bieyer hatte wegen der sich in die Länge ziehenden Verhandlungen gerade eine Woche verloren, und so blieben ihm für die Sammlung der Unterschriften und die Wahlvorbereitungen nur mehr zehn Tage zur Verfügung. Eine kurze Zeit, wenn man bedenkt, daß der Wahlbezirk aus 82 Gemeinden besteht. Es mußten also jeden Tag in drei Gemeinden Versammlungen abgehalten werden, was auch geschehen ist.

Schon das Erscheinen Dr. Bieyers im Bezirke hat auf die deutschen Gemeinden, die über zwei Jahre hindurch unter dem Druck der Behörden zu leiden hatten, wie eine Erlebung gewirkt. Wo Dr. Bieyer erschienen ist, loderte die Begeisterung der sonst schwerfälligen Schwaben auf. Bis zu Tränen rührende Szenen haben sich in jeder Gemeinde abgespielt. Alte Männer und Frauen drängten sich zu Dr. Bieyer hin, küßten ihm die Hand und dankten ihm, daß er unter ihnen erschienen sei. „Sie, Excellenz, hat der Herrgott zu uns armen, verlassen Schwaben geschickt“, — sagte ein alter Bauer und eine Bäuerin ergänzte: „Jetzt können wir uns doch ausreden und ausweinen. Es ist jemand da, der uns versteht und der sich um uns kümmert.“ In einigen Gemeinden haben die Lehrer die Kinder in die Schule geführt, daß sie für Förster beten sollen. Als die Erwachsenen davon gehört hatten, eilten sie scharenweise in die Kirche, um für Bieyer zu beten. Und diese Anhänglichkeit verminderte sich trotz des Drucks der Behörden nicht. Dr. Bieyer wurde mit Dr. Gändlich verhaftet und in der Nacht nach Rodas zum Oberstuhlsrichter gebracht. Es darf alles nicht, das Volk ließ sich nicht einschüchtern, wenn auch Einzelne, die in öffentlicher Stellung sind, ihr Wort gegen ihre innere Ueberzeugung auf harte Weise gegeben haben.

In den letzten Tagen hat der Druck etwas nachgelassen. Die Verhaftung Dr. Bieyers und Dr. Gändlich hat den Ministerpräsidenten zum Schreiben eines warmgehaltenen Briefes an Dr. Bieyer veranlaßt, der zur Hebung des Mutes in dem Bezirke auch viel beigetragen hat. Unter allgemeiner Erwartung nach der Tag der Abstimmung heran. Die Abstimmung begann in der Früh um acht Uhr. Um 11 Uhr führte Dr. Bieyer bereits mit 1000 Stimmen. Der Sieg war sicher. Um sechs Uhr war der Unterschied 1780 Stimmen, welchen Unterschied auch das Endresultat aufwies. Dr. Jakob Bieyer hatte also gegen den amtlichen Kandidaten den alle Behörden, die Polizei und Gendarmerie unterstützt haben, gehegt.

Die Begleitern, die der Sieg Bieyers im Bezirk aufgebracht hat, war übermäßig. Nicht nur aus den Nachbarg-